

Der Lübecker Volksbote erscheint am Tage mittag jedes Werktages. Der Abonnementpreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Augusthälfte 40.000.— Mk. freibleibend. Einzelverkaufspreis 3000 Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.  
Fernruf 1905 nur Redaktion.  
Fernruf 1926 nur Geschäftsstelle.

# Zöbelde

# Söderode

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 178.

Donnerstag, 2. August 1923.

30. Jahrgang.

## Gaboteure der Abwehr.

Die gegenwärtigen Stockungen in der Lebensmittelversorgung lassen deutlich die anormalen Verhältnisse unserer Wirtschaft und das Versagen der vielgerühmten „freien Wirtschaft“ erkennen. Seit Wochen haben wir einen Mangel an Kartoffeln, der in Arbeiterstreiken zu einer harten Blage wird. Dazu gesellt sich das Fehlen anderer wichtiger Lebensmittel: Schmalz, Margarine, das uns wieder an den Hammer der Kri Jahre erinnert. In der Befürchtung, es könnte eine allgemeine Nahrungsmittelnot eintreten, wird alles wahllos aufgekauft, um gegen die Katastrophe gesichert zu sein. Die von Tag zu Tag steigenden Preise veranlassen die Hausfrauen, soweit es materiell in ihren Kräften steht, den Einkauf auf Vorrat zu besorgen, um der weiteren Preiserhöhung vorzuzuhören. Die Warenbestände der Konsumvereine schwinden; im Kleinhandel vollzieht sich ein ähnlicher Vorgang.

Statt in dieser Situation zu handeln, sucht die Regierung der Entwicklung durch Verhandlungen mit den landwirtschaftlichen Organisationen, die bei jeder Gelegenheit bewiesen haben, daß ihr Nationalgefühl nur bis an den Gedanken reicht, zu begegnen. Was helfen dem hungernden Volke die fortgesetzten Zusicherungen der landwirtschaftlichen Organisationen, deren Wirkung wir in den letzten Jahren mit leeren Redensarten durch eine Organisation, die sich bisher nur gegen den Staat von heute und gegen die arbeitenden Volkschichten betätigt hat, müssen wir uns ganz entschieden verbitten. Das Volk ist es satt mit der Methode der Verkrüpplung, es verlangt Taten. Zweifellos ist die Zerrüttung des Marktes nur durch eine Festigung des Marktpfuses zu beseitigen, denn nur so kann der Preistreiberei Einhalt geboten werden. Immer wieder hat die Sozialdemokratie deshalb entsprechende Maßnahmen gefordert, ohne daß die Regierung sie sich in ihrer Gesamtheit zu eigen gemacht hätte. Herr Cuno hat darauf verzichtet, entschieden durchzugreifen, eine Stützungskktion der Mark so in Angriff zu nehmen, daß sie Erfolg versprach. Er hat ferner nicht daran gedacht, durch wertbeständige Anleihen den Sparkassen die Möglichkeit zur Deckung für Goldkonten zu geben. Denn dann wäre es möglich gewesen, bei Vorauszahlungen der Gehälter und bei Sparrücklagen wertbeständige Anlagen zu finden. Bleiben die Spargelder von der fallenden Mark unberührt, so war für die Anlage in Sachwerten und die übermäßige Versorgung mit Lebensmitteln kein Anreiz vorhanden.

Schon droht unser Volk eine neue Gefahr in der Brotversorgung, auf die bereits heute hingewiesen werden muß. Am 15. September wird die Brotmarke verschwinden. Der Landwirt

ist nicht mehr verpflichtet, Getreide abzuliefern. Er wird es verkaufen, wenn es ihm vorteilhaft und zweckmäßig erscheint oder versuttern, wenn er dadurch noch mehr Gewinn erzielt, als durch die Abgabe an den Getreidehandel. Die Folge wird sein, daß die Ausfuhr aus der heimischen Ernte stößt und eine weitere Preissteigerung auf dem Getreidemarkt zu erwarten ist. Bis jetzt schon haben diejenigen Landwirte, die ihr Getreide zurückstellen, einen Preis erzielt, der 25 mal so hoch ist als der vom Januar dieses Jahres. Am 14. Juli notierte märkischer Weizen an der Berliner Börse pro Tonne 12 400 000 Mark, während in Chicago der Weizen mit 6 873 193 Mark gehandelt wurde. Gibt es eine schlimmere Ausplündierung des deutschen Volkes als sie hier getrieben wird? Schämt sich die Reichsregierung nicht, mit den Organisationen, die diese Ausplündierung unseres Volkes betreiben, gemeinsame Aufrufe zur Verstärkung an unser darbendes Volk loszulassen? Kein Mensch kann daran glauben, daß die Landwirtschaft jetzt plötzlich, wie es heißt, die zurückgeholten Waren auf den Markt bringt. Federmann muß auf Grund der Erfahrungen aus der Vergangenheit davon überzeugt sein — nur von Herrn Cuno kann man das nicht erwarten — daß auch weiterhin mit der Ablieferung der landwirtschaftlichen Produkte zurückgehalten wird. Wir werden auch in Zukunft auf unserm insländischen Getreide rüben und Teile aufbringen müssen, um ausländisches Getreide einzuführen. Gegenüber dieser unchristlichen Ausbeutung unseres Volkes hat die Regierung der „Fachminister“ dann die große Getreidereserve in der Hand, mit der sie die Preise in Schach halten will. Glaubt noch ein Mensch daran?

Wean der große Vetzug, der von der Regierung Cuno mit Unterstützung sämtlicher bürgerlicher Parteien durch die Einführung der freien Wirtschaft im Reichstag zustande kam, nicht zu einem dauernden Zustand werden soll, dann muß schnell eingegriffen werden. Wir sehen keine andere Rettung aus dieser Situation als eine Bindung der Preise und Absicherung des Getreides, wenn auch nicht in der bisherigen Form der Zwangswirtschaft. Der Großhandel muß in Zwangskartellen zusammengekllossen werden, die den gemeinsamen Einkauf von Getreide auf der Grundlage von Lieferverträgen vornehmen. Der Abschluß dieser Verträge und die Art der Erfüllung durch die Landwirte ist von den Gemeindeverwaltungen zu sichern. Die gleiche Organisation wäre für die künftige Kartoffelversorgung zu empfehlen. Wir sind bisher zu keiner geordneten Versorgung gekommen, weil der Großhandel im Auftrag beim Landwirt die größten Hindernisse fand. Noch ist es Zeit, die Organisation zu treffen, um der Gefahr zu begegnen.

## Frankreichs Kampf um die Macht.

### Alle englischen Verständigungsbemühungen aussichtslos.

Die Antworten der französischen und belgischen Regierung auf den letzten diplomatischen Ultimatum der englischen Regierung sind in ihrem Wortlaut bisher noch nicht veröffentlicht. Aber aus den Ausführungen der ausländischen Presse über den vermutlichen Inhalt der genannten Schriftstücke ist zu entnehmen, daß die Absicht des englischen Kabinetts, Frankreich auf seine Seite zu bringen, um dann gemeinsam zu einer vor nunstmöglichen Lösung der Reparationsfrage und zur Erledigung des Ruhrkonflikts zu greifen, vollkommen gescheitert ist. Baldwin beabsichtigte deshalb erneut, die Flucht vor dem Parlament zu nehmen. Er will am Donnerstag vor der ganzen Welt scheinbar einen neuen Beweis der Intrigenz Frankreichs liefern. Außerdem soll England jetzt die Absicht haben, an Deutschland eine selbständige Antwort auf die Note vom 7. Juni zu richten.

Es ist nicht anzunehmen, daß selbst die zweite Aktion der englischen Regierung in der Öffentlichkeit vorläufig einen Vorteil zugunsten Deutschlands bringt. Die bestehenden Machtverhältnisse sprechen gegen einen baldigen Erfolg der moralischen Aktion Englands. Wir sind darüber unterrichtet, daß die englische Regierung in letzter Zeit den Versuch gemacht hat, mit Hilfe anderer Staaten eine Abwehr gegen die in den letzten Monaten von Frankreich betriebene Politik zu organisieren, insbesondere sich ein Gegengewicht gegenüber den in Abhängigkeit von Frankreich lebenden Staaten zu schaffen. Bisher war auch diese Taktik nicht von Erfolg begleitet und nichts spricht dafür, daß sie in Kürze erfolgreich sein dürfte. Wir müssen uns also vorläufig weiter mit der Tatsache abfinden, daß Frankreich gegenwärtig die Macht in Europa besitzt und es keinen Staat gibt, der bereit wäre, seine militärische Macht aufzubieten, um Paris wieder zur Vernunft zu bringen. Eine Aenderung der jetzigen französischen Politik durch friedliche Mittel scheint aber für die ersten Monate vollkommen ausgeschlossen. Poincaré ist sich seiner politischen Stärke durchaus bewußt! Deshalb die Fortsetzung der bekannten Intrigenz, deshalb die Ablehnung jedes englischen Vermittlungsvorschlags und die Steigerung der Verbündungspolitik, die nach der Auffassung des französischen

Ministerpräsidenten spätestens Ende Dezember zur Kapitulation Deutschlands führen soll. Poincaré ist sich nach unserer Information auch darüber klar, daß eine Kapitulation Deutschlands gleichbedeutend ist mit dem Zerfall des Reiches und dann alle Reparationsforderungen hinfällig werden. Er will sich deshalb an der Annexion des linken Rheinufers schadlos halten.

Annektionsspolitik betreibt der französische Ministerpräsident, ohne daß bisher ein erstaunlicher Beweis dafür vorliegt, daß das französische Volk ihm in dieser Politik folgen wird. Sicherlich gibt es in Frankreich Wirtschaftskreise, die hinter den Kulissen mit Entschiedenheit gegen die offizielle Politik Frankreichs anstrengen. Das beweisen u. a. von Zeit zu Zeit die Artikel des „Temps“, die für eine Verständigung plädieren und die nach unseren Informationen auf Geheim einschlagreicher Aktionäre des „Temps“ und Gegner Poincarés geschrieben werden sollen. Auch das Organ der französischen Schwerindustrie hat sich in letzter Zeit mehrfach gegen die Intrigenz Poincarés gewandt. Erst

### Die Markslut.

Der letzte Reichsbankausweis zeigt mit erschreckender Deutlichkeit die Auswirkungen der Markentwertung. Die Anforderung des Staates und der Wirtschaft an Zahlungsmitteln haben sich beträchtlich gesteigert. Demzufolge vermehrten sich die diskontierten Schaganweisungen um 9186,6 Milliarden auf 39 096,7 Milliarden,

der Notenumlauf um 6333,1 Milliarden auf 31 824,8 Milliarden. Der Goldbestand verringerte sich um 40,6 Millionen Goldmark, die infolge der verehlten Stützungskktion der Regierung ins Ausland verkauft werden mußten. Der Goldbestand beträgt heute noch 616 351 Millionen gegen 656 911 Millionen in der zweiten Juliwöche. Die Golddepots im Auslande wurden in den letzten zehn Tagen nicht angegriffen.

Über die neue Denkenordnung finden noch Verhandlungen statt. Es ist mit der Ausgabe des Systems der Einheitskurse zu rechnen, sodass sich wohl schon in kommender Woche der Denkenverkehr im Zeichen des freien Handels vollziehen wird. Die Nachfrage nach Devisen war am Mittwoch geringer. Die Reichsbank teilte durchweg 10% zu. Der Fellwarenhandel erhält 50%. Aus dem Auslande lagen vorwärtsende Kurze für die Reichsmark vor.

Die Anzeigengebühr beträgt für die acht gesetzte Zeitungen oder deren Raum 5000.— Mark, auswärtige 6000.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 4000 Mk., für Reklamen 2000.— Mk.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf 1926 nur Geschäftsstelle  
1905 nur Redaktion.

Fernruf 1905 nur Geschäftsstelle.

Fernruf 1926 nur Redaktion.

in der Mittwoch-Ausgabe rechnet das „Zurree Industrie“ mit der Politik der französischen Regierung ab, die erneut eine scharfe Spannung unter den Alliierten hervorgerufen habe.

Die deutsche Regierung hat bis jetzt alles unterlassen, um die Kreise, die in Frankreich den Kampf für eine Verständigung geführt haben und zum Teil noch öffentlich führen, zu stärken, jedoch jetzt in der Tat die Möglichkeiten zu einer direkten Verständigung mit Frankreich unter Beteiligung Englands äußerst gering sind. Trotzdem bleiben wir der Auffassung, daß bei aller Intrigenz Poincarés kein Versuch unterlassen werden darf, der zu einer direkten Verständigung führen könnte. Es ist besser, bald bei schweren Opfern aus diesem Kampf unter Wahrung der Reichseinheit hervorzugehen als der Politik Poincarés zum Trotz einen Kampf fortzuführen, der schließlich, wenn es aufs Ganze geht, für Deutschland verloren ist.

### Berlins Friedensstürme.

San Francisco, 1. Aug.

Die Rede, die der Präsident gestern abend halten sollte, ist heute durch die Presse veröffentlicht worden. Die Rede enthält eine Rückbau auf die auswärtige Politik des Präsidenten unter Berücksichtigung der Bemühungen Hardings. Die Vereinigten Staaten an dem internationalem Gerichtshof teilnehmen zu lassen. Weiter erwähnt ist die Abstimmungskammer. Zur Verständigung des Friedensgedankens wäre es wünschenswert, daß Russland und Mexiko von den Vereinigten Staaten anerkannt würden. Bezeichnend Ruskland erklärt Harding, die internationale Moral verbietet allerdings soziale Sanierungen der Rote politisch. Was Mexiko anlangt, meint er, daß die Kommunisten in Mexiko günstige und zum Teil erhebliche Resultate erreicht hätten. Durch Ausbau freundlicher Beziehungen wünschen die Vereinigten Staaten den Friedensgedanken zu fördern und die Kriegsgefahr unter den Nationen möglichst auf ein Minimum zu beziehen. Das können am besten noch Hardings durch die Gründung eines internationalen Gerichtshofes geschehen.

### Frankreichs Wiederaufbaugewinner.

Es ist schon mehrfach darauf hingewiesen worden, daß die Summen für die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete in Frankreich, die Deutschland bereits geleistet oder der französische Staat vorgesetzt hat, vielfach in die Tasche von Wiederaufbauunternehmern gestossen sind. Vielfach hat man mit den Forderungen der Geschädigten ein gutes Geschäft gemacht und einen großen Teil der ausgeworfenen Summen ist den wirtschaftlich Leidenden nicht zugute gekommen. Überforderungen der Geschädigten sind an der Tagesordnung. Die erste Zulässigungslistung der französischen Schäden belief sich auf 381 Milliarden Goldfrancs. Kein anderer als der bekannte Wissenschaftslehrer der Universität Dijon, Georges Seille, hat sie als um 30 % überteuert bezeichnet. In der Abstimmungskommission hat eine regelrechte Vetterherrschaft gewütet, die in sehr weites Gewissen gegenüber den angekündigten Forderungen hatte, teilweise die Forderung in die Höhe trieb und an den Überforderungen der Geschädigten nicht zugute kam. Diese Weise haben zahlreiche Personen und Geellschaften Überzahlungen erhalten. Die Bergwerksgesellschaften von Aquitain haben z. B. eine Gesamtentschädigung von 700 Millionen Francs erhalten. Die Gesellschaft ist trotz der enorm gestiegenen Aufzäffungskosten in größerem und modernerem Umfang aufgebaut worden. Die letzte Bilanz weist ein Reservekapital von 180 Millionen auf. Ein Förderindustrieller in der Gegend von Roubaix benützte die Entschädigung, um die Entschädigungsforderungen anderer Geschädigten von 190 Millionen Goldfranc aufzufallen. Das von der Kantonalkommission eingezogene Schiedsgericht reduzierte die Forderung auf 127 Millionen. Trotzdem soll dieser Geschädigte ein glänzendes Geschäft gemacht haben. Ein Notar in Lille verlangte für sein mit 50 000 Francs verbrieftes Mobilat 226 000 Francs. Da ihm die Kantonalkommission einen entlastenden Beitrag für Reparatur und Umgangskosten zusicherte, darf man annehmen, daß von dem angeblich zerstörten Mobilat ein großer Teil noch vorhanden war. Der gleiche Notar verkaufte sein durch die Beschiebung beschädigtes Schloß in Wondrebrie für 100. Käufer und Verkäufer ließen sich aber 50 000 Francs Entschädigung auszahlen. Der Betrag wurde also doppelt bezahlt. Im Département Nord besteht eine Vereinigung der Geschädigten, die direkt aus den Überforderungen ein glänzendes Geschäft macht. — Herr Poincaré würde besser tun, bevor er für Wiederaufbau unter der Ordnung im deutschen Staatshaushalt nach seinen eigenen Methoden eintritt, zunächst für die Beendigung der Unordnung im französischen Staat arbeiten würde.

### Die kommende Goldanleihe.

Der Entwurf für die Goldanleihe, die ratenweise in einer Höhe von einer halben Goldmilliarde ausgelegt werden soll, ist nun fertiggestellt. Die Anleihe lautet auf Goldmark. Sie kann in Papiermark und in Devisen eingezahlt werden. Bei der Einzahlung in Devisen tritt dahin eine Vergünstigung ein, daß der Bezahlungskurs 95% beträgt, während er bei der Einzahlung in Papiermark auf 97 v. H. lautet. Dem Wunsch auf Ausgabe von möglichst kleinen Stückchen ist dagegen Rechnung getragen worden, daß das kleinste Stück auf 4,20 Goldmark = 1 Dollar lautet. Die Anleihe wird wahrscheinlich von der Börsensteuer und auch von der Gewerbesteuer befreit werden. Die Garantiefrage will man dadurch lösen, daß die gesamte deutsche Wirtschaft garantieren soll.

# Die Verteidiger des Herrn Cuno!

Hier das Künstlerpech der „Lübecker Neuesten Nachrichten“. Als vor wenigen Tagen auch in den Organen der bürgerlichen Mittelparteien die allgemeine Missstimmung gegenüber der Regierung Cuno zum Ausdruck kam, sah sich die äußerste Rechte veranlaßt, für den gegenwärtigen Reichskanzler einzutreten. Sie hatte hierzu allen Anlaß, denn Deutschland hat seit der Revolution keinen Reichskanzler besessen, der durch seine Tatenlosigkeit das Geschäft der Deutschnationalen und Deutschnationalen so gefördert hat wie Cuno. Die Abwehr mußte natürlich unter gewissen Vorwänden erfolgen. In ihrer Abneigung gegen das parlamentarische System, dessen Diäten die Herren Deutschnationalen und Deutschnationalen gerne schwulen, wurde deshalb ohne weiteres der Parlamentarismus für die Passivität Cunos verantwortlich gemacht, da ihm durch die Parteien des Reichstages die Hände gebunden seien und er in seiner Handlungsfreiheit gehindert werde. Das Organ der Deutschen Volkspartei, die „Zeit“, veröffentlicht jetzt gegenüber den Angriffen der Deutschnationalen und deutschwürtzischen Presse eine Rechtfertigung, in der es u. a. heißt:

„Sie hat ein Reichskabinett seit der Revolution in viel Bewegungsfreiheit und soviel unbeschränkte Aktionsmöglichkeit gehabt wie das Kabinett Dr. Cuno, und zwar bis in die letzte Zeit. Jeder, der die Dinge einigermaßen kennt, weiß das. Das Kabinett Dr. Cuno wird von den Parteien der Arbeitgemeinschaft bis heute unterstützt, und wenn man Kritik an ihm übt, so geschieht es deshalb, weil man glaubt, daß das Kabinett zu wenig aktiv in der letzten Zeit gewesen ist. Es ist also absolut wahrheitswidrig, wenn behauptet wird, daß das Parlament das Kabinett Dr. Cuno gezwungen habe, die Zügel aus der Hand zu geben. Dass sich Dr. Cuno und seine Mitarbeiter des Rates der parlamentarischen Führer bedienen, war selbstverständlich. Die Preise der Rechten weiß aber ganz genau, daß diese Führungnahme nicht auf sämtliche Parteien erstreckt, und daß der deutschnationale Dr. Helfferich einer der meistegefeierten Gäste der Reichskanzlei ist.“

In dieser Feststellung des offiziellen Organs der Deutschen Volkspartei sind zwei Sachen interessant.

Einerseits bestätigen sie unsere Auffassung, daß der ewige Katastrophenmacher Helfferich mit seinen unheilvollen Händen die Geschäfte des Reiches unter Cunos glorreicher Herrschaft wesentlich beeinflußt.

Zweitens sind sie eine glänzende Widerlegung einer Polemik der „Lübecker Neuesten Nachrichten“, die vor zwei Wochen wörtlich schrieben:

„Es wäre falsch, dem einzelnen Minister oder den einzelnen führenden Beamten (alles „nationale“ Herren!) in den Kabinetts einen Vorwurf zu machen. Es wäre auch falsch, das Kabinett als solches für diese Zustände verantwortlich zu machen. Was ich offenbar hat, ist garnicht anderes als die selbstverständliche Folge des heutigen Regierungssystems überhaupt. Wenn ein Minister durchschnitten über die Hälfte seiner Arbeitsträger dem Parlamente widmen muß, dann beginnen die Rechts eben Verwaltungsarbeit auf eigene Faust. Wenn jede noch so unbedeutende politische Frage im Reichskabinett durchgesprochen wird, dann kann der Minister keine über den Dingen stehende Verwaltungsarbeit leisten.“

Es genügt wohl, wenn wir diese beiden Meinungen einander gegenüberstellen. Jemand eine Polemik davon zu kündigen ist überflüssig. Dazu nehmen wir das Lübecker Organ der „bürgerschen Sammlung“ auch zu wenig ernst; trotz seiner fortwährenden Angriffen des „Volkshofes“.

Nur eine Feststellung wollen wir noch notieren. Wir haben verschiedene Zeittafler des demokratisch-volksparteiischen Staates im Verdacht, daß sie der deutsch-national-karistinischen Politik näher stehen, als der Politik der Volkspartei. Diese unsere Annahme wird durch die Gegenüberstellung obiger Polemik bestätigt. Fortwährend Pech zu haben in der Journalistik ist das größte Pech, das ein Journalist, auch wenn er nur sozusagen Journalist ist, haben kann.

## Die rheinische Separation.

Eine lächerliche Demonstration.

Die rheinischen Separatisten haben am 29. Juli in Koblenz einen Kongress veranstaltet, der in der nationalistischen französischen Presse sensationell aufgemacht und als Beweis der Einigung der rheinischen Bevölkerung gegen Preußen und das Reich ausgenutzt wird. Es sollen sich mehr als 3000 Personen an der Versammlung beteiligt haben. Herr Döring begründete eine Resolution, die die Einberufung eines rheinischen Parlaments verlangt. Die Resolution wurde unter Beifall — man umarmte und läutete sich nach der Abstimmung — angenommen. Nun erschien aber die Berichte der französischen Presse über die Koblenzer Konferenz in Frankreich selbst eine bemerkenswerte Rücksichtnahme. Die Lintzpreise formulierten, daß von den 3000 Anwesenden höchstens 1000 Rheinländer waren. Die übrigen Teilnehmer waren Franzosen und Russen, jedoch die Hoffnungen, die die französischen Chauvinisten auf die rheinische separatistische Bewegung legen, ohne weiteres wohl kaum in Erfüllung gehen dürften. Eine moralische Hinrichtung sollzieht „Ere Nouvelle“ bei dieser Gelegenheit an dem „ehemaligen Staatsminister“, dem „preußischen Offizier“ und „intimen Freund des Generalsekretärs v. Rohmer“, der jetzt „Bernerer seines Landes“ und „politischer Dienstmann des Generals Mengin“ ist.

Auch die englische Presse befaßt sich mit der Verärgerung der rheinischen Separatisten in Koblenz. „Daily Telegraph“ schreibt z. B., daß nach den Reaktionen der englischen Beobachter im Rheinland diese Versammlung geradezu als lächerlich und jeden Ernstes entbehrend angesehen werden müsse. Die wenigen auftauchenden Demonstranten seien zum Teil in besonderen Anzügen oder durch andere Verkleidungsmittel verdeckt worden.

## Eine Entstellung.

Die Zentrumspresse verdeckt gegenüber eine Kritik, in der der Sozialdemokratie vorgeworfen wird, daß sie bei der Steuererhöhung des Sozialzuges im Juli gegen eine Verstärkung der Last der kinderreichen Familien aufgetreten sei. Das ist eine willkürliche Einschließung der Miettheit der Sozialdemokratie. Zu solchen Absichten wie das Zentrum jetzt bereits greift, nachdem durch die großen Verhandlungen dieser Partei, die sich in den letzten Monaten immer wieder zum Schiedsgerichter des Herrschaftlichen Staatspolitis gemacht hat, bei ihren Anhängern zunehmende Unzufriedenheit verbreitet ist.

Der Vergangene ließ spätestens folgendemal ab: Bei der von der Sozialdemokratie bearbeiteten Erhöhung des Sozialzuges im Sommerabsatz des Reichstages bestimmt der Zentrumspolitiker eine beträchtlich niedrigere Mietrate für Mietwohnungen. Der Sozialdemokratie ist dies nicht möglich.

ein, daß das nicht zur Zuständigkeit des Steuerausschusses gehöre. Würde der Zentrumspolitiker angenommen, so müßte die Vorlage an das Plenum des Reichstages gehen, die Erhöhung der Ermäßigungen könnte somit nicht zum 1. Juli in Kraft treten. Statt eines sehr zweifelhaften Vorfalls für die kinderreichen Familien würde also ein großer Nachteil für alle Lohn- und Gehaltsempfänger geschaffen werden. Für die sozialdemokratischen Mitglieder des Steuerausschusses kam aber außerdem noch hinzu, daß z. B. bei Beamten, Angestellten und Stadtarbeitern usw., die Kinderzulagen erhalten, eine Erhöhung der steuerfreien Grenze eine doppelte Verunsicherung derselben Verhältnisse ist. Die sozialdemokratischen Mitglieder haben zur Vermeidung solcher Ungerechtigkeiten immer eine möglichst weitgehende Hinaussetzung der steuerfreien Ermäßigungen für alle Steuerpflichtigen zu erreichen gesucht, ohne dabei immer von vornherein die Unterschüttung der von Besitzinteressen nicht unbeeinflußter Zentrumspolitiker zu finden.

In Wirklichkeit war der Antrag des Zentrumspolitikers auch nur rein didaktisch gedacht. Das zeigen ohne weiteres die folgenden Zahlen: Für jedes Kind bereits im Juli ein Einkommen von 400 000 M. steuerfrei war, so erhöht sich die steuerfreie Grenze bei Ende ihres Familien sehr stark. Bei einem verheirateten Steuerpflichtigen mit zwei Kindern war im Juli ein Einkommen von 1 420 000 M. völlig steuerfrei, bei vier Kindern 2 220 000 M., bei sechs Kindern gar 3 020 000 M. Für den August sind die entsprechenden Beträge bei zwei Kindern 5 680 000 M., bei vier Kindern 8 980 000 M., bei sechs Kindern 12 080 000 M. kinderreiche Familien, die sich in Notlage befinden, erreichen ein solches Einkommen überkarpi nicht. Sie waren also bereits steuerfrei und bedurften des Schutzes nicht, der angeblich für sie beantragt war, in Wirklichkeit aber die große Schwäche des Zentrums in der Steuerpolitik der letzten Monate ins Vergessen bringen soll. Einem lediglich agitatorischen Rückblick entsprechenden sachlich ungerechtfertigten und für die Miete der Lohn- und Gehaltsempfänger gefährlichen Vorfall des Zentrums zu leisten, besteht für die Sozialdemokratie keine Verantwortung.

## Lohndifferenzen im Buchdruckergewerbe.

SPD. Veranlaßt durch den Demonstrationsstreik der Berliner Buchdrucker fanden am Mittwoch im Reichsarbeitsministerium zwischen den Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Druckgewerbe Verhandlungen über die Neuordnung der Löhne statt. Diese Verhandlungen verließen jedoch überaus ergebnislos. Daraufhin trat nachmittags um 4 Uhr die Tarifkommission zusammen. Für Donnerstag ist eine allgemeine Funktionärskonferenz des gesamten graphischen Gewerbes Groß-Berlins einberufen, die zu dem Ergebnis der Verhandlungen der Tarifkommission Stellung nehmen und im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen entsprechende Maßnahmen zu beschließen beabsichtigt.

\*

III. Berlin, 2. August.

Die Verhandlungen unter dem Vorstoß des Reichsarbeitsministers hatten bis Mitternacht folgendes Ergebnis: Für die laufende Woche wurden unter den bereits gewährten 200 000 M. weitere 200 000 M. bewilligt. Es wurde jedoch über die Basis für die vorbereitenden Löhne und über die Höhe für die folgende Woche verhandelt.

## Ein merkwürdiger „Ordnungsdienst“.

SPD. Dresden, 1. August. (Eig. Drahtber.) Die bürgerliche Presse bemüht sich, den „Bürgerlichen Ordnungsdienst“, den dem am Sonntag in Dresden von der Polizei in jenseits Leute verhaftet und als Angehörige des „Faschistischen Ordens“, „Kampfum“ und anderer reaktionären Verbände beschuldigt worden sind, als möglichst harmlos hinzustellen. Die „Aktion“ befürwortet z. B. daß nur ein einziger der Verbündeten ein junger Mann, ohne Wissen und Willen des Führers des „Bürgerlichen Ordnungsdienstes“ einen Hammer, ein Messer, ein Schießrohr und einen Revolver bei sich führe. In Wirklichkeit sind den Verbündeten von der Polizei abgenommen worden: 2 Delche, 1 Sämmers, 2 Gummifächer, 5 Schlagringe, 2 Seitengewehre, ein Hirtenstab, zwei Stahlstabschläger. Erhalten wurden 19 Gummifächer, ein Trommelschläger, ein hölzernes Saisonett, 4 Schlagringe, zwei Taschläger, zwei Stahlstabschläger gefunden, die von ihren Besitzern bei der Verhaftung im Gedränge heldenmäßig fortgeworfen worden waren. Weiter werden bei Mitgliedern des „Bürgerlichen Ordnungsdienstes“ 11 Gummifächer, 10 Stahlstabschläger und ein Revolver mit Patronen beschlagnahmt. In der Angelegenheit selbst sind innerhalb seither Verhandlungen erfolgt. U. a. wurde auch der Hauptmann e. T. Siemens festgenommen, der neben dem ebenfalls eroberten Major e. T. Lößler den „Bürgerlichen Ordnungsdienst“ organisiert hat. Die Gelder für die Bewaffnung sind zu 1/3 dem Teil durch Dr. Meißner vom „Verband der sozialen Freiheit“ aufgebracht und an Major Lößler weitergegeben worden.

## Königlich bayrische Bahn?

SPD. München, 1. August. (Eig. Drahtb.)

Die Parteien der bürgerlichen Regierungskoalition, Bayrische Volkspartei, Deutschnationale und Bauerbund, haben am Mittwoch in der Sitzung des Landtags den Antrag zugebracht, daß die bürgerliche Regierung ungefährlich Verhandlungen mit der Reichsregierung anknüpfen soll wegen Zurückführung der chemisch organischen Bahnen in den Besitz des Freistaates Bayern. Die Verhandlungen sollen im Einvernehmen mit einem Ausschuß des Landtages geführt werden. Unabhängig davon soll eine ähnliche Unterredung stattfinden über die vielfachen Verträge, die von der bayrischen Volkspartei gegen die Reichsbahn und ihre Verwaltung erhoben worden sind.

## Gefiebert in München Redefreiheit?

SPD. München, 1. August. (Eig. Drahtber.)

Im Rahmen einer erfolgreichen Auflösungstätigkeit hat der Republikanische Reichsbund gegen eine Verhinderung ausgetreten, in der der bürgerliche Reichspräsident Dr. Seigner mit breiter Beteiligung. Die Verhandlung war auf kommenden Dienstag angesetzt, wurde aber erweitert werden, da Seigner zurücktritt, er bei Heilbronn nach Stuttgart ist. Um die neue Regierung sofort freizulegen unmöglich zu machen, veranlaßter nun die gelehrte bürgerliche Presse München, angefangen von den Reichsministerien „Münchener Neuesten Nachrichten“ bis zum „Blatt des Reichsstaates“, eine unerhörte Hege gegen Dr. Seigner. Dies läßt die Regierung nicht zu machen, doch sie gegen den bürgerlichen Reichspräsidenten ein Referat erlegt und mit öffentlichen Darstellungen. Dr. Seigner offiziell mit Gewalt von

München fernzuhalten. Die Regierung selbst lehnt es ab, daß die dieser Sache engagieren zu lassen. Sie will es dem freien Gewissen der Polizeibehörden überlassen, nach ihrem eigenen Gutdünken zu handeln. Nach der in München bestellten Praxis ist es also nicht ausgeschlossen, daß die Polizei — wohl im Einvernehmen mit dem Minister des Innern — die Versammlung, in der Dr. Seigner sprechen soll, verbieten wird. Mit der üblichen Bedeutung, doch durch das Auftreten Seigners gewisse Störungen der Ruhe und Ordnung befürchtet werden müssen. In anderen deutschen Staaten ist es gerade Aufgabe der Polizei, die verfassungsmäßige Versammlungsfreiheit und das Recht der freien Meinungsäußerung zu schützen. In Bayern ist es seit Jahren untersagt; hier schürt man die Rechtsradikalen und trägt ihrer Drohungen Rechnung, während man die Verfassung und die hinter ihr stehende Bevölkerung mischachtet.

## Eine Ausstellung in Riga.

Zweierlei deutsche Farben.

In Riga, der Hauptstadt der jungen lettischen Republik, findet zurzeit eine internationale Ausstellung statt, die ein Beispiel deutscher Fleiße und deutscher Energie liefert. Besonders zahlreich sind bekannte deutsche Maschinenbaufirmen vertreten. Die Agrar-Reform der lettischen Regierung, die aus nationalen Gründen erfolgen mußte (auf die näheren Einzelheiten kommen wir zurück). D. Ned., hat in Lettland ein allgemeines Bedürfnis nach landwirtschaftlichen Maschinen hervorgerufen, dem fast ausschließlich nur der deutsche Maschinenbau Rechnung getragen hat. Im Vergleich zu den deutschen Hallen ist die französische Ausstellung mehr als düstig. Seide, Parfümerieartikel und andere Kleinigkeiten, die für den täglichen Bedarf nicht notwendig und für den lettischen Bauer überflüssig sind, nehmen den wesentlichen Teil der Ausstellungsräume ein. Der unter Aufwand großer Mittel erbaute französische Ausstellungspalast, dessen Neuzier nicht schlecht wirkt, dessen Inneres aber sehr enttäuscht, erweckt überhaupt den Eindruck, daß er lediglich aus Prestigegründen gebaut wurde und der Grundzustand des Herrn Poincare maßgebend war, unter allen Umständen auf der Ausstellung vertreten zu sein, überall dabei zu sein. Einen ähnlichen Eindruck hinterläßt der Besuch des polnischen Pavillons. Auch hier ein großer Palast, der in den Besuchern große Hoffnungen erregt, die aber bei einem Besuch bald vergehen. Der größte Teil der Halle ist unbewohnt; die anwesenden Aussteller sind Deutsche aus den polnischen Randgebieten. Viel mehr Befriedigung hat dagegen der auffällige Teil der russischen Ausstellungshalle, dessen Aussteller mit ihren Waren überaus angenehm enttäuschen. Zur allgemeinen Überraschung findet man hier Maschinen russischer Herkunft, landwirtschaftliche Produkte, Gummifabrikate, Porzellanmanufakturen usw. Unwillkürlich hat man das Gefühl: Es geht aufwärts in Russland! Die Ausstellung erwacht im allgemeinen den Eindruck, daß der internationale Handel in die junge Republik Lettland nicht nur Vertrauen setzt, sondern auch besteht ist, sie als Brücke zu einem Austauschverkehr mit Russland zu benutzen.

Leider erfaßt das deutsche Ausstellungswerk durch eine Taktlosigkeit des von der Firma Lanz entsandten Vertreters eine bedeutende Beeinträchtigung. Die übrigen deutschen Firmen mit Ausnahme von Lanz bringen ihre Waren unter den Farben schwarz-rot-gold zur Schau, während die genannte Firma aus dem demokratischen badischen Land sich der schwarz-weiß-roten Fahne bedient. Diese Taktlosigkeit sei um so mehr ins Auge, als die Firma Wolf-Magdeburg, deren Ausstellung an die der Firma Lanz angrenzte, eine große schwarz-rot-goldene Fahne gehabt hatte. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn Ausstellungsbesucher sich an den verschiedenen Farben stören und offen der Abschöpfung Ausdruck geben, ob es in Deutschland zwei Reichsfarben gibt oder welche der von den beiden großen Firmen gezeigten Flaggen maßgebend sei. Der deutsche Gesandte in Riga, Genosse Dr. Köster, hat die Taktlosigkeit des Vertreters von Lanz bei seinem ersten Besuch damit beantwortet, daß er die Halle der Firma Lanz nicht besuchte.

\*

Leider wird auch auf anderen Ausstellungen die Fahne der Republik missachtet. Was kann gegen diese Verleugnung der Reichsverfassung getan werden? Als seinerzeit ein Teil der Handelsfahnen es ablehnt, die schwarz-rot-goldene Gösch in die schwarz-weiß-rote Handelsfahne einzusetzen, wurden von der Regierung Wirth Strafmaßnahmen ergriffen, die den Erfolg hatten, daß es jetzt kein Schiffahrtsunternehmen mehr wagt, ohne die schwarz-rot-goldene Gösch zu führen. Die entschiedene Handhabung der Staatsgewalt hat bewiesen, daß es nicht schwer ist, unsere zivilierte Manufakten trotz gegenteiliger Erklärungen zu dem zu zwingen, was im Interesse des Staates notwendig ist. Ähnlich muß jetzt auch gegen die Handelskreise vorgegangen werden, die sich bei jeder Gelegenheit bemühen, sich andererseits aber dennoch nicht scheuen, von dem Staat, den sie fortgesetzt verleumten, endlose Kredite zu erbitten.

## Ein Balkanbund?

SPD. Bukarest, 31. Juli. (Eig. Bericht.)

Der griechische Gesandte in Bukarest hat von seiner Regierung den Auftrag erhalten, mit dem rumänischen und jugoslawischen Außenminister über einen neuen Balkanbund zu verhandeln. Dieser soll die Aufgabe haben, unabhängig von den Kleinen Entente für die Aufrechterhaltung des Friedensvertrages mit Bulgarien zu sorgen, um dadurch den Frieden auf dem Balkan zu fördern, während die Kleinen Entente durch Übernahme des Friedensvertrages von Trianon (mit Ungarn) für den Frieden in Mitteleuropa sorgen soll.

Dr. Beneš teilt die Pressevertretern mit, daß man auf der Konferenz in Sinaia vor allem den Standpunkt der Kleinen Entente zur ungarischen Reparationsfrage behandelt habe. Das Verhältnis zu Rumänien sei nicht berührt worden. In allen Punkten der Konferenz sei vollkommene Vereinbarkeit erreicht worden. Auch die gegenwärtigen Beziehungen der Staaten der Kleinen Entente untereinander hätten eine weitere Klärung erfahren. Die Frage der Kandidatur des Delegierten der Kleinen Entente für den Balkanbundrat sei nicht berührt, sondern der Entscheidung der nächsten Konferenz, die in Belgrad stattfinden wird, überlassen worden. Bezüglich der Beziehungen zwischen den Balkanstaaten und Polen sei er der Ansicht, daß die Überbrückung der Gegensätze möglich sein werde.

SPD. Das Reichsarbeitsministerium hat den Höchstlohn des Grundlohnes in der Krankenversicherung mit Wirkung vom 6. August ab auf 240 000 je festgesetzt.



## Gesellschaft für Dienstleistungen

ab 3. August 1923:  
Ab Lager:  
Hartkoks ungebrochen  
für 1 Ztr. M. 265 000.—  
Brockfots über 20 mm  
für 1 Ztr. M. 290 000.—  
Braunkohlenbricks od.  
für 1 Ztr. M. 278 000.—  
Braunkohlenbricks od.  
Halbsteine für 1 Ztr.  
M. 128 000.—  
Grudekoks für 1 Ztr.  
M. 128 000.—  
Lübeck, den 2. Aug. 1923.  
Das Landesversorgungsamt

der Hauf.

Hartkoks ungebrochen  
für 1 Ztr. M. 265 000.—

Brockfots über 20 mm  
für 1 Ztr. M. 290 000.—

Braunkohlenbricks od.  
für 1 Ztr. M. 278 000.—

Braunkohlenbricks od.  
Halbsteine für 1 Ztr.  
M. 116 000.—

Grudekoks für 1 Ztr.  
M. 116 000.—

## Nichtamtlicher Teil

Allen Freunden und  
bekannten sowie der  
Haarburger Liedertafel  
für die erwiesenen Auf-  
merksamkeiten zu unterer  
Hochzeit sagen innigsten  
Dank. (4835)

**G. Gumpert und Frau**

Elisabeth, geb. Goe.

**Gaukerei Zagermöhren**

nicht unter 18 Jahren,  
zu sofort geliehen. (4841)  
Adressat 26.

**Mädchen**

12-14 Jahre alt, zum  
Johanniberebenosflüster  
geliehen. (4842)

Wienck, Marktstr. 7 a.

**Entlaufen**

einen Freitag junger  
Schäferhund, auf "Sips"  
hörend, bei Kennzeichen:  
Schnecke trocken und  
warm, Hauptkranz, Rück-  
dunkel, Steuern. 4865.  
Wiederher. Belohnung.  
4889) Königst. St. I.

4826

laubdeckels

Adolf Egerfeldt.

Leeres od. möbl. Zimmer  
mit Kochgeleg. gesucht.  
Angeb. u. C 115 an die  
Gped. d. Sta. (4857)



Freitag u. Sonnabend  
prima junges

**Jette's Kleidmeis**

II. ger. Mettwurst

**Fr. Kollmann,**

Reisestr. 8. (4855)

**Alle**  
**Arbeiter**

Kaufen gern und gut  
ihre Arbeitskleidung  
bei (4828)

**Otto Albers**

Markt 4 Kohlm. 10

**NG** Notgemeinschaft für Bestaffungen  
zu Lübeck e. V.

Der Verband und Kontrollausschuss hat für die  
ersten beiden Wochen den Beitrag auf den tropf  
der Gehrentierung niedrigeren Betrag von 3500,  
0000, 6500 M. festgelegt. Der Beitrag ist eine  
Zwangszahl und ist am 4. August fällig. Die  
Mitglieder werden erfuht, die fälligen Beiträge  
sofort zu entrichten. Damit der Wert des Beitrages  
sicher angelebt werden kann. Nur nachträglich  
bezahlte Beiträge ist es nicht möglich, die Ent-  
richten der Mitglieder wahrzunehmen. (4852)

Der Vorstand.

**Die Reichsmonopolverwal-  
lung hat mit dem 1. August  
den Spritpreis um das drei-  
fache erhöht. Wir sehen uns  
hierdurch genötigt, mit dem  
gleichen Tage auch unsere  
Preise entsprechend festzu-  
setzen.**

**Interessengemeinschaft der  
Spirituosenhändler Lübecks und  
Umgegend.** (4843)

## Rosje Schlachthagen

gegen Höchstpreis.  
Steinraderweg 51  
4840) Telefon 2818.

**Deutscher  
Metallarbeiter-  
Verband**

Bewaltungsstelle Lübeck  
(4860)

## Arbeitsgemeinschaft.

Der Lohn wurde vom  
Schlichtungsausschuss  
wie folgt festgesetzt:

28. Juli bis 3. August  
Gesellen über 24 Jahre  
40 000 M.

Gesellen bis 24 Jahre  
37 350 M.

im 1. Gesellenjahr  
29 780 M.

4. bis 10. August  
Gesellen über 24 Jahre  
60 000 M.

Gesellen bis 24 Jahre  
55 470 M.

im 1. Gesellenjahr  
44 670 M.

Dieser Schiedspruch  
ist von beiden Seiten  
angenommen.

Die Ortsverwaltung.

**J. H. Pein**

Lübeck

Markt 10/12

Breite Straße 64/68.

Das bekannte Kauf-  
haus für 4829

Arbeiter-Garbenen,

Berufsleidung,

Herren-Konfektion,

Knaben-Konfektion.

Erstkl. Manufakturwaren.

Kaufe dauernd

Lumpen, Eisen, Papier,  
Metalle, Knochen, Kroll-  
haare und Flaschen

**J. Lissauer,**  
Schildstr. 5. (4834)

**Prima Bernleder-Sohlen.**

26 Beckergrube 26. (4830)

**Sie finden**

bei (4831)

**Walter Griephan & Co.**

Huxstr. 74

**enorm billig:**

Bettbezugstoffe, Inlets, Hemdentücher,  
Schürzenstoffe, Kleiderstoffe,  
Wäsche, Schürzen, Unterzeuge etc.

4831

1. Wer zahlt Steuern in Deutschland? — Warum  
lehnen die Kommunisten die Gewerbesteuer ab?  
Referenten: Genosse Landtagsabgeordneter  
König-Berlin und Genosse Nickel-Lübeck.

2. Freie Aussprache. (4849)

Arbeiter, Angestellte, Beamte,  
Kleinunternehmer, Mietständer, Klein-  
rentner, erscheint in Massen!

Zur Deckung der Unkosten Mf. 1000.—

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

4849

## Stadt und Lübeck.

Donnerstag, 2. August.

J. G. Herber.

Ein böses Heldenium, wenn gegen Mensch der Mensch zu Felse zieht. Er düstet nicht nach seinem Blut, das er nicht trinken kann; er will sein Fleisch nicht essen; aber ihn zerhauen, zerhacken will er, töten ihn! — Aus Nahe? Nicht aus Nahe; denn er leunt den andern nicht und liebet ihn vielleicht. Auch nicht sein Vaterland zu retten, wo er ferns Landes her. Ein Mahlgebot hat ihn hierhergeführt; roher Sinn, die Raublust. Sicht nach höh'rer Sklaverei Von Wein und Brannwein glühend schickt er, sticht und holt und mordet — weiß nicht, wen? warten? wozu? bis beide Helden dann verbannt ins Schloß der Unbarmherzigkeit, ein Krankenhaus mit andern Hunderten daliegen ödhaus; und sobald der Krieg Not und der Hunger endet, alle dann als Mörder-Krieger durch die Straßen ziehn und betteln. Ach, sie mordeten um Gold, gedungene Helden aus Tradition.

Ein edler Held ist, der fürs Vaterland, ein edlerer, der für das Landes Volk, der edelste, der für die Menschheit kämpft. Ein Hohepriester, trug er im Gesicht in seinem Herzen und der Wahrheit Schild auf seiner Brust. Er steht im Felse. Feind des Überbaudens und der Uppigkeit, des Fortums und der Schwachelen Feind, und fällt, der höchsten Majestät treu, dem redlichen Gewissen, das ihm sagt: er fichte nicht und floh nicht seinen Tod.

**Wäsche und Leitungswasser.** Die Direktion des Städtischen Wasserwerks teilt uns mit: Infolge der unerträglichen Witterungsverhältnisse wurde etwa eine Woche lang von Seiten der Wasserbraucher Klage über das Wasser geführt, die neben dem Beigemisch des Wassers darauf hinaus ließ, daß das Wasser die Wäsche gelb gefärbt hatte und daß diese gelbe Farbe nur äußerst schwer zu beseitigen sei. Auf Grund eines uns empfohlenen alten Hausmittels haben wir mit einem einwandfreien Chemiker Rücksprache genommen und auch Versuche angestellt. Da die Färbung von dem Eisenoxyd der Wasserläden herrührt, kann man die Färbung sehr schnell und einfach entfernen, wenn man die trockne gelbe Wäsche mit Essigspirit völlig bespritzt und dann möglichst heißes Wasser darüber gießt. Läßt man dann die Wäsche ½ bis ¾ Stunde in dem warmen Wasser liegen, so ist die gelbe Färbung verschwunden. Es hat sich in diesem Falle essiglaures Eisen gebildet, welches loslich ist und vom heißen Wasser weggespülzt wird. Die angestellten Versuche haben ein durchaus befriedigendes Ergebnis gezeigt. Der befragte Chemiker konnte uns die Auskunft geben, daß die Pflanzensafern von dem Essigspirit in keiner Weise angegriffen würden. Etwas vorstelliger wird man mit bunter Wäsche sein müssen, da unter Umständen die bunten Farben vom Essigspirit angegriffen werden können.

**Kundgebung des Einzelhandels.** Der Verband Lübeckischer Einzelhandelsvereine teilt uns mit, daß die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels nachstehende Entschließung den verschiedenen Reichsministerien telegraphisch zugesandt hat:

„Die Zwangsmassnahmen der Densenspolitik, namentlich die unhaltbare Politik des Einheitsfußes gefährden die Versorgung der Bevölkerung und müssen darum fallen. Wichtiger als eine so eintretende Arbeitslosigkeit ist die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und lebenswichtigen Artikeln.“

Die einseitige Interessenpolitik von Konventionen und Kartellen verhindert gleichfalls die freie Betätigung des Einzelhandels in der Versorgung des Publikums.

Die restlose Abwälzung jeglichen Risikos der Lieferanten auf

## Augen rechts!

In Goslar haben sich an einem der heissen Tagen der Paradenzeit die Kriegervereine mit allem, was sich im Laufe der letzten Jahre sturm- und drangehangt hat, versammelt. Der sagenferne Hindenburg war da. Das triegerische Deutschland scharte sich um ihn. Die Vergangenheit hielt Heerschau ab. Eine Vergangenheit, die die Zukunft nicht mehr meisterte.

Die Kriegervereine sind sehr großväterlich geworden. Junge Organisationen haben sie überflügelt, die sich aufgetan haben, lediglich den Krebsgang zu pflegen. Ihr Sport ist es, rückwärts zu gehen statt vorwärts. Sie sind zwar den Jahren nach die Söhne ihrer Väter, dem Geist nach aber die Großväter ihrer Väter. Da gibt es welche, die den Stahlhelm nicht mehr auf dem Kopf tragen, sondern in verkleinerter Form auf dem Rockaufschlag. Der Stahlhelm auf dem Kopf beeinträchtigt auf die Dauer auch Gemüt und Gehirn. Da gibt es den jungen-deutschen Jungsing-Ling-Ling. Sein Abzeichen trägt er in Herzähnlichkeit auf dem Kopf. Ihm ist es also um seine Sache ernst. Ist sie auch nicht in keinem Herz gebrannt, so ist sie doch auf sein Herz gehext, leicht entzündbar.

Sie und etliche andere waren auf dem Osterfeld bei Goslar versammelt. Es war ein echt militärischer Tag. Der heiße Sand wurde vom Begeisterungsschweiß pitschnaß. Was von diesem Fest berichtet wurde, ist belanglos, wichtiger sind die Bilder, die man davon zu sehen bekam.

Der sagenferne Hindenburg hat ein paar Worte gesprochen, die in das Werk der Freiheit gingen. Das zeigt deutlich auf den Bildern die Parade, die er abnahm. Was taten auch z. B. einige Dutzend Deutsche miteinander, wenn sie nicht den Parademarsch hätten! Er war der natürliche Glanzpunkt des Tages. Er ist der preislos freigegebene Teil des Erbeils der Monarchie an uns, um die wertvolleren Teile, wie z. B. der Haushalt, wird noch progezofft. Er war der Gipfel der preußischen Erziehungsarbeit am gelebten Volk. Sowas läßt sich der Deutsche nicht so leicht nehmen. Was einmal gelebt hat, ist.

So mußte der Generalfeldmarschall eine Parade vor Zivilisten abnehmen. Ihm muß in solcher Umgebung wenig wohl gewesen sein. Der Tod macht den Mann und das Kästchen darüber den Offizier. In Jügen marschierten sie mit Augen rechts vorbei. Den Steifen Hut oder Zylinder in der Hand, mit offenem Gehrock oder Tüt, hurra, den Bauch möglichst eingezogen und, hurra, die Knie möglichst durchgedrückt.

Ist das das neue Deutschland? Ist das das Zeichen eines freien und stolzen Bürgers? Ist das die Haltung von Männern? Nein. Der Untertan marschiert. Wenn das hier leer sitzt liegen die Freiheit im Staub.

die Abnehmer ist eine Handlung, die nicht den allgemeinen Interessen dient. Diese Politik muß aufhören und einem erträglichen Verhältnis zwischen den Gruppen des Wirtschaftslebens Platz machen. Das Risiko muß auf alle Schultern gleichmäßig verteilt werden.

Die Wuchergergesetzgebung und ihre unzulänglichen Einrichtungen für die Durchführung stellen zum erheblichen Teile Konzessionen an die Straße dar, und treffen nicht den wirklichen wahren Wucher, d. h. die Ausbeutung der Notlage oder der Unkenntnis der anderen. Die Ordnungslösung einzelner Händler, die notgedrungen infolge der Geldentwertung den Rest ihres Betriebsvermögens sich zu erhalten bestrebt sind, muß aufhören, die mit den Wuchergelezen zusammenhängende Verordnung über Preisbeherrschung ist unsinnig und muß fallen.

Der Einzelhandel fordert, daß ihm, ebenso wie allen Gruppen des Wirtschaftslebens die Möglichkeit eröffnet wird, seine Preise werblichständig zu gestalten, d. h. von der wertlosen Papiermark abzugehen, und die Preise auf Grund einer festen Valuta aufzubauen.

Um möglichst lange noch, wenn auch notdürftig, der Versorgung dienen zu können, wird beschlossen, die Arbeitszeit zu strecken, und demgemäß die Angestellten und Arbeiter zum nächst zulässigen Termint zu kündigen und auf halbe Arbeitszeit zu setzen, falls nicht im letzten Augenblick durch Maßnahmen der Behörden ein Weg eröffnet wird, um im Interesse der Versorgung des Konsums die Erhaltung des Einzelhandels zu gewährleisten.

Diesen Weg gehen wir darin, daß die Reichsbank und das Reichsfinanzministerium den seit vielen Monaten von allen Kreisen der Wirtschaft und unter Zustimmung des Reichswirtschaftsrates erhobenen Forderungen auf Einführung der Goldfonten endlich entspricht, und daß mit einer Preisstellung auf Goldbasis unserer Wirtschaft die Grundlage gegeben wird, auf der allein sie von Neuem aufgebaut werden kann.“

Gleichzeitig ist eine längere kraftliche Eingabe nachgereicht, welche auf die Bedrohung der Versorgung der Verbraucher und die besondere Notlage des Einzelhandels nochmals besonders hinweist. Aus ähnlichem Anlaß ist bereits in voriger Woche der Verband Lübeckischer Einzelhandelsvereine beim Senat, dem Polizeiamt und dem Landesversorgungsamt vorstellig geworden, um auf die die Versorgung des Lübeckischen Publikums gesährden den Zustände nachdrücklich aufmerksam zu machen. Der Senat hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt und will sich für die beklagte Abteilung der Versorgungsschwierigkeiten einzeln. Unter den gegebenen Verhältnissen ist eine Beschränkung der Warenabgabe im besonderen der Lebensmittel durch die Geschäfte erforderlich, um im Allgemeininteresse die Warenverträge möglichst viele zu führen.

Wegen dem Verlust von Butter kam es gestern morgen in der Markthalle zu einem kleinen Zusammenstoß, bei dem einige Eier daran glauben mußten. Einige Schulkinder sorgten für Ordnung. Die Butter wurde dann für 120 000 Mark das Pfund verkauft.

**Zur Kartoffelversorgung.** Die Landwirtschaftskammer schreibt uns: Die bisherige andauernde wärmste Witterung hat das Auftreten der Frühkartoffeln außerordentlich verzögert. Außerdem wird die Ernte der bereits verbrauchsähnlichen Kartoffeln durch den fortwährenden Regen erschwert. Es ist notwendig hierauf hinzuweisen und dadurch darzustellen, daß von einem beachtigten Zurückhalten der Kartoffeln keine Rede sein kann. Der augenblicklich sich zeigende empfindliche Mangel an Frühkartoffeln wird bei eintretender wärmerer Witterung schnell behoben sein.

**Die Berechnung der Naturalk- und Sachbezüge beim Steuerabzug** wird in unserem heutigen Anzeigenteil vom Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck bekanntgegeben. Für Hausangestellte und Dienstleistungsfähige ist diese Bekanntmachung wichtig. Wir verweisen deshalb ausdrücklich darauf!

Kreimarken zu 1000 Mark in Ostdorf werden ab heute von der Reichsdruckerei herausgegeben. Das Markenblatt stimmt, abgesehen natürlich von der Wertbezeichnung, mit dem der Marken zu 1000, 2000 und 3000 Mark überein.

Die Welthandelsflotte besteht laut Noggs Register aus 83 000 Dampfern, Motorschiffen und Seglern von insgesamt 65 Millionen Tonnen. In den letzten 12 Monaten hat die Dampfschiffen um fast eine Million Tonnen zugenommen, während die Segelschiffsschiffe etwa 200 000 Tonnen eingebüßt haben. Den stürzten Zuwachs zeigen für das vergangene Jahr Deutschland und Italien, während

„Augen rechts“ kommandiert die Reaktion, und der paradiesende Untertan schmeißt den Sand um Zylinder und Gehrock. Der Untertan will kommandiert sein. Nichts haftet er mehr als denken und frei handeln zu müssen. Herde will er sein. Herdenfreiheit ist sein angekündigter Zustand.

„Augen rechts“ gilt aber auch für die Freien, wenn der Untertan sie nicht überwuchern und umhängen soll.

„Augen rechts“, Republik, wenn du leben willst!

Hofentwurf.

## Der 2000jährige Leichnam im Moor.

Man schreibt uns: Und immer noch Moor und immer wieder Moor! Blaues Wasser, grünes Wasser, dunkle Grünade, rotbraunes Geistreich. Hier und da weißleuchtende Birken. Sonst Eintönigkeit und Schweigen. Ein paar Frösche quaken. Da und dort steht ein Frösch umher.

So ausgestorben das Moor auch ausstieß — es lebt! Simsen, Seggen, Rosmarin und Lorbeer, die niederliegenden Heidekrüppel —, es ist ein wunderliches Leben! Aus Vergehen und Wiederaufgehen wird der Urstoff erzeugt, den der Mensch von heute zu allem nur Erdentnahmen benötigt. Auf den Bahnkörpern und an den Kanälen zwischen Oldenburg, Leer und Aurich stehen mit Torf hochbeladene Waggons. In Stree, Papier und zu Briefkettchen, zu allem wird der Torf benutzt, der früher so wenig beachtet wurde wie der Eingeborene des großen nordischen Moorlandes.

Es war einmal. Heute ist der Dorfbauer ein gemarterter Mann. Wie erträumte Leichtfüßer trug ihm die gezeichnete Nachfrage ins Haus. Verhunkungen sind bis auf winzige Reste die ehemals so dichten Hütten mit Torsböden, Lehmkuchen und Dämmern aus Heide und Stroh. Statt dessen leuchten rote Ziegelhäuser, weiß abgezehzt, mit grünen Fensterrahmen und Blumen daran, aus dem Heidegrund. Nur das Moor blieb dicker, und immer wird das Moor unheimlich sein.

Ich zog durch den sintenden Abend. Sumpfnübel quellen auf. Sie branden und wogen und bewegen sich wie gelapptes Totenleinen. Der Torftrichter quillt sprudelnd empor. Ein Käuzchen schreit. Immer wieder klingt in mir der Anfang der Drotzischen Ballade: „O schaurt's mi's, über Moor zu gehen...“ Von einem Jungen ist die Rede, der im Moor überfallen, erschlagen wird. Dann gehen die Gedanken rückwärts nach Oldenburg, in dessen Landesmuseum ich am Morgen vor der Moorleiche stand, die im letzten Jahre beim Torfstechen gefunden wurde und allgemeines Aufsehen erregte. Die Besatzt damals, es sei ein Verbrecher, hat sich als unrecht erwiesen. Was da in einem Glassfaß mit Glyzerin und Wasser weiter erhalten wird, ist ein Knabe von etwa zehn Jahren mit spinnigem, braundtottem Haar.

die Vereinigten Staaten und Frankreich die größte Abnahme zu verzeichnen haben. Großbritannien und Irland sind jetzt im Besitz von circa 23 Prozent der gesamten Welthandelstonnage, soweit jegehende Dampfer in Frage kommen. Im Jahre 1914 waren es allerdings schon 44 Prozent. Die zweitgrößte Handelsflotte besitzen heute die Vereinigten Staaten. Ihnen folgen Japan, Frankreich, Italien und Holland. Deutschlands Handelsflotte ist trotz des energisch betriebenen Wiederaufbaues derselben, heute noch um etwa 2 600 000 Tonnen kleiner als im Jahre 1914. Nach der Noggs Statistik haben Dampfturbinen und Motoren im letzten Jahre eine immer größere Verbreitung gefunden, so daß heute nur noch etwa 68 Proz. der Welthandelsflotte Kohlen als Feuerungsmaterial benutzen gegen 88 Proz. im Jahre 1914.

**Die Millionen-Scheine.** Außer dem 1-Million-Mark-Schein, der in etwa Wochenfrist in den Verkehr kommen soll, wird schon etwas früher, in etwa vier Tagen, ein 5-Millionen-Mark-Schein ausgegeben, und zwar in so großen Mengen, daß der Ansturm dadurch wohl bewältigt werden dürfte. Nach der Mitteilung Berliner Blätter steht auch die Ausgabe eines 10-Millionen-Scheines für die aller nächste Zeit bevor. In der Herstellung der hochsiffigeren Scheine wird mit allem Nachdruck gearbeitet; etwa 60 Druckereien sind mit der Fertigung beschäftigt.

**Zentrale für private Fürsorge.** Im Mittwochstisch I und III, Johannisstraße 47/49 wurden im Monat Juli an 26 Tagen 512 Portionen verteilt. Im Mittwochstisch II, Fischstraße 17, wurden an 21 Tagen 2097 Portionen ausgegeben, wobei im Ganzen 8239 Portionen verteilt.

**Die Boupreis-Richtzahl für Lübeck** ist nach einer uns von der Lübecker Brandkasse gewordenen Mitteilung von 21 000 im Juli auf 190 000 am 1. August gestiegen.

**Badeanstalt Falkendamm.** Die Wassermärkte betrug heute früh 11 Uhr 17 Grad, die Luftwärme 19 Grad.

## Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

**Sozialdemokratischer Verein.** Achtung! Wichtung! Distrikts-, Bezirks-, führender und Ortsgruppenvorsteher! Sonntag morgen Flughafenvorbreitung.

Die Flugblätter können von Sonnabend 5 Uhr ins Sekretariat in Empfang genommen werden.

**Sozialdemokratischer Verein.** Bezirk Karlsdorf-Havelberg. Freitag, den 3. August, abends 8 Uhr im „Lindenhof“. Mitgliederversammlung. Gen. Dr. Leiber spricht. Er scheinen Pflicht. Genossen bringt Eure Frauen mit.

**Sozialdemokratischer Verein.** 12. Distrikt. Sonnabend, den 4. August, abends 7½ Uhr bei Groth, Kottwitzstraße. Versammlung. Wichtige Logesordnung.

Der Distriktsführer: Werner.

Achtung, Jungsozialisten! Freitag, 3. August, Vortag mit Diskussion 8 Uhr im Gewerbeleibhaus. Montag, 6. August, Vortag des Herrn Dr. Hoß über „Die Bedeutung der Museen“ im Leisai St. Ar. um 17. Beginn 8 Uhr pünktlich.

**Deutscher Eisenbauer-Verein.** Ortsgruppe Lübeck. Wir verweisen auf die heute abend stattfindende Mitgliederversammlung. Genosse Dr. Leiber wird einen der heutigen Situation angepaßten Vortrag halten. Er scheinen der Kollegen ist notwendig.

Eine Versammlung kleinlicher Rechte auf dem Städte Karlsdorf findet am Freitag, dem 4. August, nach 5 Uhr am Glashüttenweg statt. Da die Gartendiebstähle dort einen erstaunlichen Umfang angenommen haben, ist dringend Selbstschutz notwendig. (Siehe Anzeige.) Zugleich wird im Interesse der Sicherheit darauf hingewiesen, daß ein Betreuer, selbst der eigenen Parzellen, ohne Ausweisfahrt auf seinem Gelände gestattet ist.

Das Königin schreit, der Wind geht kalt, und ich sehe die Jungen auf dem schwanken Wege durchs Moor eilen, dem väterlichen Hof zu. Möglicher Sprung aus dem Weidenstrupp ein paar Männer. Sklaven sind's. Sie wollen Rache nehmen für eine grausame Strafe. Der Junge des Herrn kommt ihnen gerade recht. Sie packen ihn, zerreißen ihm den Leinenstiel, drehen die Fessel daran, und gefangen hält sie den Jungen davon. Der aber ist stark. Er wehrt sich. Da bekommt er einen Stich in den Hals und wird in das flache Moor gestoßen. Auf diesem Grunde bleibt er hilflos liegen, erstickt. Nach zweitausend Jahren hat mir seine vom Moor seitdem wohlerhaltene gelbbraune Leiche diese furchtbare Geschichte erzählt. Es knistert im Röhrchen, es pfeift und bradelt unter den Sohlen und der Rauch fliegt über das Moor. Schneller eilt der Wanderer der Bahn entgegen, die auf festem Boden dahinläuft. Schaurig ist's, aber Moor zu gehen...

Eine Uhrmacherstube. In Glashütte, der südlichsten Stadt, deren Name durch ihre Uhrenherstellung weitbekannt ist, besteht seit länger als zehn Jahren eine Sternwarte, die die dortige Uhrmacherverbindung „Urania“ gegründet hat. Der Standort der Sternwarte liegt in reizvoller landschaftlicher Umgebung außerhalb der Stadt auf einer Höhe und ist sehr geeignet, wie die „Deutsche Optische Werkstatt“ hervorhebt, aus freiwilligen Beitragern der Mitglieder gebaut und eingerichtet worden. Die astronomische Ausrüstung der Sternwarte besteht aus einem Refraktor und einem Passageinstrument, mit denen schon recht wertvolle Beobachtungen ausgeführt wurden. Hier wurden die Schüler der Glashütter Uhrmacherschule praktisch in die astronomische Zeitbestimmung eingeweiht. Alljährlich vereinigt ein „Uhrmacherscher Abend“ die Mitglieder. Dann werden Vorträge wissenschaftlichen, belebenden und unterhaltsamen Inhalts gehalten und, wenn der Nachmittag besonders klar ist, Beobachtungen am Refraktor ausgeführt. Obwohl wissenschaftliche Arbeit auch von einer kleinen Sternwarte aus sehr wohl geleistet werden kann, legt die Vereinigung vorwiegend Wert darauf, alle ihre Mitglieder in die Elemente der Astronomie einzuführen und Großheit des dargebotenen Stoffes mit Gemeinschaftlichkeit der Zuhörer zu verbinden.

unrechte hat, und zogen wieder herzogtum davon. H. bemerkte bald danach, daß ihm seine braunlederne Brieftasche mit 12 Millionen Mark, die er in der linken Brusttasche getragen hatte, gestohlen war. Einer der Täter war klein, ziemlich untersetzt, hatte kleine Augen und war barflos. — Traurige Heimkehr. Als Sonntag nachmittag der Sohn des Käfers Joachim Böjöfe seine in der Süderstraße 25 wohnhaften Eltern aufsuchte, wurde ihm nicht geöffnet, trotzdem von innen zugeschlossen war. Der Sohn öffnete gewaltsam die Tür und fand seine Eltern tot vor. Der Vater saß beim Küchenherd auf einem Stuhl, die Mutter am Tische, auf welchem das Mittageessen stand. In der Wohnung herrschte ziemlich starker Gasgeruch. Es liegt anscheinend Unfallstall durch Gasvergiftung vor.

Hamburg. Dreifacher Schiffs zusammenstoß in der Nordsee. An der Küste von Plymouth ereignete sich dieser Tage der seltsame Zusatz, daß drei Schiffe in Kollision gerieten, von denen zwei auf der Stelle sanken. Infolge eines nächtlichen Gewitters trieben über die Nordsee dichte Nebelschwaden, so daß der mit Kohlen von Blyth nach Marseille steuernde spanische Dampfer „Begona“ das Schwedenschiff „El Dorado“ in voller Fahrt rammte. Während sich die 41 Köpfe des sinkenden „El Dorado“ unter aufsteigenden Schwierigkeiten auf die „Begona“ zu setzen versuchte, riss die plötzliche Rumpf des Liverpooler Dampfers „Sheridan“ aus dem Nebel. Der „Sheridan“ kam mit Vollgängen angebrannt und schaffte die „Begona“ mitten durch. Der spanische Dampfer sank unter heftigen Explosionen der herabstürzenden Kessel. Von der Besatzung sprang ein Teil über Bord. Der andere Teil rettete sich in das einzige gebrauchsfähig gebliebene Boot. Zum Glück konnte die „Sheridan“ die gesamte Mannschaft dem Wellentode entziehen. Später nahm der Hilfsdampfer „George Dewey“ das Vermouth, der auf eine drastische Unglückszeit hin losflog in See gegangen war, die Schiffbrüchigen auf und brachte sie an Land. Das Unglück ereignete sich in der Frühe gegen 8 Uhr bei ruhigem Wasser, aber bei einem Nebel, der kaum die Hand vor den Augen erkennen ließ.

Hamburg. Einfuhr von Auslandsnech. Einigen älteren Kindertransport nach dem hiesigen Hafen überbrachte der von La Plata hier angekommene argentinische Dampfer „Tiradenter“. Das Vieh wurde am Holzhafen mit der Fahr nach Mitteldeutschland verladen.

Hamburg. Raubüberfall. Einbrecher drangen in der Nacht zu Mittwoch in die Wohnung des Kaufmanns Julius Leyn ein, jodelten den Wohnungsinhaber und stießen ihm eine Serviette in den Mund und raubten dann Teppiche, Gold- und Silberleinen sowie Bargeld im Gesamtwert von 1½ Milliarde Mark. Die Polizei ist den Tätern bereits auf der Spur.

Altona. Tumult in Altona. Auf St. Pauli kam es in der vergangenen Nacht wiederum zu großen Auseinandersetzungen. Die Polizei trug die Tumultanten mit Gummizüppeln und mit der Faust Klinge auseinander.

Kiel. Lohnverhandlung für die landwirtschaftlichen Arbeiter. Am heutigen Donnerstag findet in Kiel Lohnverhandlung zwischen dem Deutschen Landarbeiter-Verband und dem Provinziallandarbeiter-Verband statt. So weit uns das Landesfinanzamt mitgeteilt worden ist, wird ab 1. August die Bewertung des Deputats mindestens verdreifacht, was auf Grund der 17. Justizvereinbarung auch mit einer Verabsiedigung der im Tarifvertrag vorgesehenen Löhne zu rechnen ist. Das Resultat der Verhandlung wird in der Zeitung bekanntgegeben. — Gleichfalls ist vereinbart worden, daß am Montag, dem 6. August, die Verhandlungen für Ostholstein in Heide fortgesetzt werden.

#### Die Gauleitung.

Ajel. Vandalsmus. Der Vandal auf dem Augustenburger Platz ist durch Steinwürfe in die Fenster, die Oberlichte und auf das Dach überworfener worden. Das Gebäude ist nunmehr unter besonderen polizeilichen Schutz gestellt worden.

Kellinghusen. Die Margarinefabrik hat ihren Betrieb vorläufig eingestellt, weil es ihr nicht möglich war, den Preis der Margarine mit dem der Butter in ein angnehmbares Verhältnis zu bringen. Ihre leichten Erzeugnisse hat die Fabrik für die niedrige Einwohnerzahl reserviert und an Kaufleute für 40 000 Mark das Pfund abgegeben, für einen Preis, der weit unter den heutigen Gießebungslosten stehen soll.

Neumünster. Viel Lärm um nichts. Der Landstreitkampf in Neumünster stand vor der Kieler Straßammer zur Verhandlung, die neun Stunden in Anfang nahm. Angeklagt waren zehn Männer und zwei Frauen, und als Zeugen wurden 45 Personen vernommen. Als Ende Februar in Neumünster die Gewerkschaften nach ihrer Ansicht keine genügende Unterstützung erhielten, wurde ein Gewerkschaftsrat gewählt, und dieser, bestehend aus dem Werkmeister Julius Kl. den Arbeitern Rudolf L. und Hermann Sch. sowie dem Chefzettel Gustav B., ging am 28. Februar zu dem Bürgermeister, um ein körfürstliches Erlassen einzufordern um Erweiterung der Gastfreundlichkeiten, Verbesserung der Milch und Forderungen um Belohnung von Niedersachsenarbeitern. Der Bürgermeister wußte letzteres ablehnen, weil Neumünster dafür kein Geld habe. Wegen der hohen Würde wollte er mit dem Kriegsrecht drohen. Bei dieser Gelegenheit hat Kl. Karte gebraucht, die auf den Bürgermeister einen Druck ausüben sollten und von ihm auch als Drohung aufgezeigt wurden. An diesen Verhand-

## Amtlicher Teil

Die Bürgerlichkeit ist zu der am Sonntag, dem 5. August, vom 10 Uhr im Kolosseum stattfindenden öffentlichen Sitzung des Zentralverbandes Deutscher Kauf- und Handelsgebieter-Vereine eingeladen.

Der Vorstehter G. Ehlers.

## Güterrechtsregister.

Am 31. Juli 1923 ist bestätigt, daß der Chef vom Hermann Karl Ludwig Schäfer und Frau Henriette Wilhelmine geb. Schäfer in Lübeck eingetragen: Durch Erlassung vom 27. Juni 1923 in die Verwaltung und Praxisierung des Chemonass an dem erbetenen Ort der Geschäfte ausgeschlossen. Gütergericht Lübeck.

## Erhöhung der Borganschläge auf die Einkommen- und Körperchaftsteuer.

I. Die Borganschläge auf die Einkommensteuer, die in der Zeit vom 1. bis 15. August 1923 fällig sind, ist zum 1. Januar 1924 auf das Finanzamtssatzgeld des Bezirkes zu bestimmen, der nach als Einkommensteuer für das Finanzjahr 1922 ergibt.

II. Der Satzungsauftrag des Finanzamtes ein Entlastungsauftrag vom 1. Juli 1923 zugrunde liegt, so daß die nach Einkommensteuer zu leistende Verpflichtung zu berichtigten.

III. Die Borganschläge auf die Körperchaftsteuer, die nach dem 30. Juni 1923 fällig waren, sollen auf das Finanzabrechnungsjahr 1923 im Sinne des § 146, 24c des Körperchaftsteuer-Gesetzes bestätigt werden.

Die Körperchaftsteuer, die ihr Finanzamtssatz 1921/22 in der Zeit zwischen dem 31. Mai

1922 und dem 30. September 1922 abgeschlossen haben, haben als weitere Borganschläge auf die Steuerzulage für das Finanzjahr 1922/1923 bis zum 15. August 1923 das Hundertfache der Beiträge zu entrichten, die sie nach Artikel VIII Abs. 2 S. 2 des Gesetzes über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen vom 20. März 1923 (Reichsgesetzblatt I Seite 198) bis zum 1. Mai 1923 als Borganschläge auf die Steuerzulage für das Finanzjahr 1922/1923 zu entrichten hatten.

Lübeck, den 1. August 1923. (4850)

Das Finanzamt.

## Gewerbesteuer.

Dieselben Gewerbetreibenden, die im lübeckischen Staatsgebiete ein selbständiges Gewerbe ausüben und einen Kodex zur Steuererklärung für das Steuerjahr 1922/23 bisher nicht erhalten haben, werden gemäß § 19 Abs. 1 des Gewerbesteuergesetzes vom 26. Mai 1923 aufgefordert, bis spätestens 10. August des ja. dem finanziellen Jahres, Mengstraße 26, Zimmer 3, gegenüber zu melden.

Lübeck, den 1. August 1923. (4850)

Das Finanzamt.

## Lübecker Straßenbahn.

Zahrszeit ab 1. August 1923:

a) Einzelhaftkarten:	
1½ zu 2 Zonen . . . . .	M 10.000—
2½ und 4 Zonen . . . . .	M 15.000—
5½ und mehr Zonen . . . . .	M 20.000—
b) Promotkarten:	
1½ zu 2 Zonen . . . . .	M 450.000—
2½ und 4 Zonen . . . . .	M 600.000—
5½ und mehr Zonen . . . . .	M 850.000—
5½ zu 2½ Zonen . . . . .	M 120.000—
5½ zu mehr Zonen . . . . .	M 520.000—
	M 1.600.000—

Das Finanzamt.

## Parteigenossen, Proletarier!

Die B. S. P. D. ruft Euch auf, eine

## geschlossene Kampffront

gegen die Reaktion, gegen

die deutschnationalen Mörder-

organisationen zu bilden.

Haltet Umschau in den Betrieben! Seid

wachsam und beschäftigt zu erforschen, mit

welchen Leuten Ihr zusammen arbeitet.

Ihr müßt sonst den Faschismus in

Euren eigenen Reihen.

Wer nicht für uns und für die Republik

einstritt, ist gegen uns und muß dem-

entsprechend behandelt werden.

Fordert alle Schreiber und Saumseligen

auf, sich einzutragen zu lassen in die

Front des kämpfenden Prole-

tariats. Denn auch diese Leute ge-

hören mit in die vorberste Kampflinie.

Wenn jeder seine Pflicht als Proletarier

erfüllt, ist auch der Sieg unser.

Aufnahmen für die B. S. P. D. werden im

Secretariat Johanniskirche 48 I, entgegengenommen

## Zeichenet für den

## Kampffonds?

lungen hatte sich außerdem T. beteiligt, der sich, ebenso wie Kl. der Beamtenwidrigkeit schuldig machte. Sie wurden zum anderen Wegen wieder bestellt und nun verhaftet. Am 1. März nachmittags wurde im Gewerkschaftshaus eine Versammlung abgehalten, in der T. Sch. und Kl. beständig auf die erregten Leute wirkten. Die Menge wollte jetzt nach dem Rathaus, und es bildete sich ein Zug von 500 bis 600 Personen, dem der Arbeiter-Exkl. voranging. Als ihnen Polizeibeamte entgegentraten, kam es zu kleinen Reibungen, bei denen Kl. und der Arbeiter-Hartwig O. des Widerstandes gegen die Staatsgewalt bzw. der Aufrüstung zum Ungehorsam sich schuldig machten. Bezuglich der übrigen Angeklagten war ein strafbares Vergehen nicht festzustellen, und sie wurden freigesprochen. Verurteilt wurden Kl. und T. zu vier und Kl. und O. zu sechs Wochen Gefängnis, die als durch die Untersuchungshaft verhängt erachtet wurden.

Groß-Wittensee. Gründung einer Jungbauernschaft. Eine Jungbauernschaft „Am Wittensee“ ist hier nach einem Vortrage des Jungbauernwarts Hugo-Schleswig gegründet worden. Zum Jungbauernleiter wurde Johannes Kruse-Wittensee gewählt. Wohl eine neue reaktionäre Vereinigung, die der Unfreiheit unserer Landarbeiter wohl dringend bedarf.

Kiel. Ein seltsames Urteil. Die mecklenburgischen Bergbauernorganisationen werden neuerdings durch einen Prozeß gegen unjer Mecklenburger Parteidoktatt beleuchtet. Die „Baltzeitung“ hatte vor einigen Monaten ein Geheimzirkular des deutsch-nationalen Schutz- und Trutzbundes, Gau Mecklenburg, veröffentlicht, in dem unverhüllt um Geld und Freiwillige für die Zwecke des Deutsch-nationalen Schutz- und Trutzbundes geworben wurde. Die Vorgehensweise des Standaloprozesses weist recht interessante Momente auf. Der Staatsanwalt hatte seinerzeit die Erhebung der öffentlichen Anklage abgelehnt. Dann hatte sie der Oberstaatsanwalt verfügt. Der Justizminister hat die Verfügung des Oberstaatsanwalts für einen Mißgriff, für total falsch, erklärt. Selbst der Oberstaatsanwalt legte alsdann, er würde die Erhebung der öffentlichen Anklage nicht verfügt haben, wenn er über den deutsch-nationalen Schutz- und Trutzbund genügend orientiert gewesen wäre. Sehr daraus ergibt sich, daß der Prozeß auf ein Versehen, auf Unkenntnis des Staatsanwalts, beruht, denn der mecklenburgische Justizminister deshalb mit Recht bekräftigte, daß dieser Prozeß nur den Antheim erwerben könne, als begünstigte der Staat den deutsch-nationalen Schutz- und Trutzbund. Dem bekanntlich die Partei der Mordgäellen angehörten und der ferner die Machtwaffe gegen Kathenien liefern. — Die Hauptgegenen waren der „ehrenamtliche Vorsteher des Gaues Mecklenburg“ des Deutsch-nationalen Schutz- und Trutzbundes, ein gewisser Bade, Angeklagter im Rattenprojekt, und der Telegraphendirektor H. Straede, dem die „Mecklenburgische Volkszeitung“ den Vorwurf gemacht hatte, daß die deutsch-nationale Gesellschaft für einen von der Republik bezahl-

ten Beamten immerhin selbst anmutet. Der ehrenamtliche Han-

wart entpuppte sich in der Sitzung als überraschend jung für den

Posten des Vorsitzenden. Im übrigen gaben sich die beiden Haupt-

gegen als durchaus harmlose Zeugen aus. Straede sagte unter Eid aus, daß er überhaupt nicht gewußt habe, daß Bade

leinen Mann unter das Zirkular setzte. Er wolle nicht wissen,

wie er Mitglied des Gauvorstandes geworden sei, hat aber nichts

dagegen eingemessen gehabt, als er seine Wahl überhaupt erst

hinterher mündlich erfuhr. Als einer der angeklagten Redakteure

ihm fragte, ob er sich nichts bei den Säcken von Leib und Leben

opfern usw. gedacht habe, erklärte Straede, „das alles ist ganz

harmlos“. Ebenso harmlos will der Zeuge Bade die Sache aufge-

setzt haben. Die tatkräftigen, entschlossenen Leute, die die Sache wären,

„Leib und Leben zu opfern“, wollte er der Reichswehr zu-

führen. Diese Aussreden erschienen so faul, daß selbst das Gericht

anfangs Bedenken trug, „diejenigen Zeugen“ zu vereidigen. Die Ver-

eidigung erfolgte erst auf Antrag des Rechtsbeistandes des Bade

gegen Schlüß der Sitzung. — Das Urteil lautete auf insgesamt

125 000 Mark Geldstrafe wegen Beleidigung. Mit dieser

Befehlung und indirekten Begünstigung der deutschen Abenteurer

durch die Justiz werden sich unsere Genossen nicht abhindern. Gegen

das Urteil ist bereits Einspruch erhoben.

Husum. Chordirektor Schwarzmeier †. Ein tragischer Abschluß stand hier die Konzertreihe des Schwarzmeierlichen Kinderchores aus Berlin. Kurz vor der Weiterreise nach Linksholm wurde der Leiter des Chors vom Herzschlag getroffen, der seinem milde- und erfolgreichen Leben ein jenes Ziel setzte. Ein Teil dieses Kinderchores hatte auch im Lübecker Gewerkschaftshaus sehr schnell die Herzen der Zuhörer gewonnen. Die Kinder, die ihren Leiter mit großer Liebe zugetan waren, werden Schwarzmeier wohl nie vergessen.

## Aus der Partei.

Otto Besper †. Aus Osnabrück kommt die Trauerkunde, daß der Parteigenossen Otto Besper dem Leiden, das ihn schon lange quälte und das seine Schaffenkraft in den letzten Jahren gehemmt hat, erlegen ist. Das Leben Bespers ist ein Stück Parteigeschichte Osnabrück. In Gemeinschaft und Partei hat er Jahrzehnte lang viele Ehrenämter bekleidet und erfolgreich gearbeitet. Mit Otto Besper ist ein Mann gegangen, der der Partei, der Gemeinschaft, der Allgemeinheit und besonders dem Osnabrücker Gemeinwesen vieles gegeben hat, was dauernden Wert besitzt. Wie jeder Erfolg seiner uneigennützigen, unverstellten Tätigkeit zu neuer Arbeit nur anspornen, so werden die von ihm zurückgelassenen Spuren seiner segensreichen Tätigkeit sein Andenken erhalten und zur Nachfolge anspornen. Ehre dem Andenken des modernen Genossen und Mittelpunkts!

## Sport.

Kreis Wassersport-Verein Lübeck e. V. Die Resultate des

Schwimmfestes:

100-Meter-Seitenschwimmen für Männer: 1. Montage-Neukölln 1:30 Min. 2. Rosberg-Bergedorf 1:37 Min. 3. Holz-Hamburg 1:42 Minuten.</